

solidarische Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewährt sind".

Etwas später folgen dann Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR: Im Aufruf der Initiativegruppe der Sozialdemokratischen Partei in der DDR finden wir den Satz: „Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung". Das letzte Zitat stammt aus der vorläufigen Grundsatzklärung des Demokratischen Aufbruchs vom 30. Oktober '89: „Die kritische Haltung des Demokratischen Aufbruchs zum real existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir beteiligen uns am Streit um die Konzeption des Sozialismus. Unser Ziel ist der demokratische Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung".

Diese vier Zitate aus Manifesten des Herbstes '89 vorangestellt, möchte ich überleiten zur ersten Runde.

Ich denke, es ist sinnvoll, daß man die erinnernde Vergegenwärtigung vorangehen läßt.

## WAS HABEN WIR GEWOLLT?

### EINGANGSSTATEMENTS

#### **Stephan Bickhardt:**

Was haben wir gewollt? - Die Entwicklungen seit dem Frühsommer '89 mit der damals beginnenden zweiten Fluchtbewegung von Ost nach West haben einen solchen Veränderungs- und Anpassungsdruck für die Mitglieder oppositioneller Gruppen gebracht, daß offensichtlich kein Raum für die Beantwortung der Frage geblieben ist, was wir eigentlich gewollt haben.

Die Initiative von *Demokratie* Jetzt entstand vor dem Hintergrund der Mauerrealität als augenfälligstem Ausdruck der Unfreiheit des einzelnen. Mit dem politischen Hilfswort

von der Abgrenzung konnte die komplexe Realität der Unfreiheit- die vermauerte Realität, die vermauerte Biographie bis in den Kopf hinein - im Sinne eines negativen Grundworts gut erfaßt werden. Wir unterschieden seinerzeit die äußere und die innere Abgrenzung. Mit der äußeren Abgrenzung war die Mauer, mit der inneren Abgrenzung war die Unfreiheit im Hinblick auf das Wahlsystem im Staat DDR angesprochen.

Wir stellten Grundrechtsforderungen, wie z. B. die nach der Reisefreiheit, und tasteten uns langsam vorwärts, einen Demokratiebegriff zu entwickeln.

„Neues Handeln“ hieß eine Initiative. Das bedeutete etwa, trotz der Einheitslisten der Nationalen Front selbst Kandidaten aufzustellen, so die Forderung zum 7. Mai 1989 anlässlich der Kommunalwahlen. Eine andere Forderung war die nach autorisierten Gesprächsrunden. Vom „Runden Tisch“ wagten wir Anfang Juli `89 so noch nicht zu sprechen. Gemeint waren Gesprächsrunden unter Beteiligung der Kirchengruppen und der oppositionellen Gruppen auf der einen, der Kirchenleitungen auf der anderen Seite und des Staates auf der dritten Seite.

Dann kam um den 13. August 1989 die Rede auf von einer Sammlungsbewegung für die demokratische Umgestaltung. Und schließlich folgte am 12. September 1989 der Aufruf, eine Bewegung der Bürger für Demokratie, für „Demokratie jetzt oder nie“ zu gründen. Anfang Oktober 1989 gab es den Aufruf zum Volksentscheid mit zehntausenden von Unterschriften. Es ging uns damit um die Durchsetzung einer demokratischen Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED.

### **Wir wollten einen Rechtsstaat DDR und bekamen die Einheit**

Dann kam es zu der Diskussion um einen „Runden Tisch“ und schließlich auch zu dem Vorschlag aus dem Initiatorenkreis, einen solchen zu bilden. Substantiell ging es um folgendes - ich zitiere aus den Thesen zur demokratischen Umgestaltung, die an den Aufruf angehängt waren -: „Wir wollen einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet, der der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit, zur res publica mündiger Bürgerinnen und Bürger wird.“

Die rechtsstaatlichen Forderungen, die wir neben der Forderung nach Gewaltenteilung formulierten, betrafen die Medien, die Schulen, die Parteien, die Gewerkschaften, die Wissenschaft und im allgemeinen die Wirt-

schaft. Sie zielten auf die Freiheit des einzelnen und auf Möglichkeiten zur Selbstverwaltung.

Man kann sagen, wir von Demokratie Jetzt wollten einen Rechtsstaat DDR und bekamen die deutsche Einheit.

Im Vorfeld des Gründungsabends von Demokratie Jetzt suchte ich den Kontakt zu Bärbel Bohley, denn ich wußte von ihren Bemühungen, eine oppositionelle Organisation zu gründen. Mein Vorschlag eines Zusammenschlusses von Gründungsinitiativen wurde abgewiesen. Ähnlich ging es Edelbert Richter und Ehrhart Neubert vom späteren Demokratischen Aufbruch. Es ist für mich ein historisches Verdienst von Bärbel Bohley - und keineswegs persönliche Attitüde oder Konkurrenzdenken -, daß sie die Gefahr einer Einengung und einseitigen Personalisierung der Demokratiebewegung erkannte. Diese Gefahr hätte nämlich bestanden, wenn vorrangig Pfarrer und Pfarrfrauen, noch dazu zu einem überwiegenden Teil aus Berlin, Träger einer demokratischen Alternative zur SED geworden wären. Die frühe Gründung des Neuen Forums hat diese Gefahr eingeschränkt. So gesehen ist die friedliche Revolution nicht ganz so protestantisch geworden, wie es sich vielleicht nahelegen läßt.

### **Das Konzept einer bürgerlichen Revolution im Sozialismus scheiterte**

Im Gründungsauftrag von Demokratie Jetzt sprachen wir uns für eine friedliche und demokratische Erneuerung des Staatssozialismus aus. Der Sozialismus mußte nun seine eigentliche demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen wollte. Da wir bis dato nicht mit den damals unvorstellbaren Initiativen Gorbatschows rechnen konnten, nahmen wir den Sozialismus als eine Gegebenheit, die es galt, bürgerlich zu reformieren. In Anbetracht dieses Spagats mußte sich später die Forderung nach deutscher Einheit in den

Augen der Bevölkerung wohl etwas plausibler darstellen.

Auch die kritische Haltung des *Demokratischen Aufbruch* zum real existierenden Sozialismus bedeutete keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Beim *Demokratischen Aufbruch*, dessen Forderungen ähnlich nach einem „Dritten Weg“ anmuten, stand zu lesen: „Wir beteiligen uns am Streit um die Konzeption des Sozialismus“.

Fünfundneunzig Prozent der DDR-Bevölkerung verweigerten diesem Konzept einer bürgerlichen Revolution im Sozialismus bei den Volkskammerwahlen am 16. März 1990 ihre Zustimmung. Grüne, Demokratie Jetzt, Neues Forum, relevante Teile des *Demokratischen Aufbruchs* und weitere Initiativen standen für dieses Konzept und müssen die Niederlage eingestehen. Ich war damals übrigens Wahlkampfleiter im Haus der Demokratie.

Man muß der SDP und ihren Gründungsdokumenten - wenn man sie sorgsam liest - zugute halten, daß sie diese unklare Gedankenführung in diesem Maße nicht hatten. Wenn es z. B. heißt: „Es ist einfach nicht mehr angebar, welche ökonomischen und politischen Strukturen der Vision des Sozialismus heute entsprechen könnten“.

Ich will aber in diesem Eingangsstatement auch sagen, an welcher Stelle für mich persönlich die Enttäuschung in der Wende begann, nämlich am Tag nach der Einsetzung von Egon Krenz als Staats- und Parteichef Mitte Oktober. Mit diesem Wechsel war deutlich, daß die SED am Ende und nicht reformierbar ist. Am Tag nach der Einsetzung trafen sich Krenz und Vertreter der Kirchenleitung - unter ihnen der Kirchenbundsekretär Pfarrer Ziegler und Konsistorialpräsident Stolpe. Waren nicht die Gruppenvertreter-in unserem Falle insbesondere Wolfgang Ullmann und Hans-Jürgen Fischbeck - immer wieder auf die Entscheidungsträger in der Kirche zugekommen? Jetzt wäre

der richtige Weg der einer offiziellen Einladung der Konferenz der Kirchenleitungen an die Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen gewesen, um zu einer gemeinsamen Einschätzung und zu jeweils angemessenen Handlungsoptionen zu finden. Dem unklaren und teils legitimatorischen Umgang der Gruppen mit dem Begriff Sozialismus entsprach kirchlicherseits eine vorschnelle Legitimation der Staatsmacht unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Stabilität.

### **Doch wir gaben dem Bürgerwillen in Ostdeutschland den Antrieb**

Am Gründungsabend von Demokratie Jetzt erfanden wir das Wort „Bürgerbewegung“. Es drückt gewissermaßen die Sozialform aus für den Inhalt unserer Forderungen. Unter den Bedingungen des Staatssozialismus machte die Entgegensetzung von Bürgerbewegung und Partei einen Sinn. Heute gilt das nur noch eingeschränkt. Heute, da an die Stelle traditioneller Faktoren wie religiöse Bindung und Erwerbsarbeit im klassischen Sinn eher so etwas wie enttraditionalisierte Selbstfindung, Bildung und Informationsgesellschaft treten, bleiben die Bürgerbewegungen, die Initiativen, die Werkstätten, die Bürgergutachten im Vorfeld der großen parteipolitischen Strömungen wichtig, sehr wichtig sogar. Sie konstituieren mit ihren tausend Initiativen und Unternehmungen das kritische Potential der Gesellschaft.

Wir haben diesem Bürgerwillen und dieser Initiative in Ostdeutschland bis heute - so meine ich - den Antrieb gegeben. Was wir damit erreicht haben ist mehr als die Durchsetzung so mancher Forderung von damals. - Dankeschön!

### **Martin Böttger:**

Die Initiative Frieden und Menschenrechte, kurz IFM, enthält ihre Ziele ja bereits im Namen. Von daher fällt es mir leicht, einiges zu dieser älteren DDR-Oppositionsgruppe zu sagen.

### ***Frieden und Menschenrechte sind keine Privilegien***

IFM entstand 1985, als ein Menschenrechtsseminar scheiterte, das bei der Kirche angesiedelt werden sollte. Die Gründungsmitglieder wollten Frieden und Menschenrechte. Diese Ziele sahen wir als global und unteilbar an und nicht als Privilegien für bestimmte Personen.

Ich nenne nur ein paar Aktionsbeispiele der IFM: Wir unterstützten vor dem Hintergrund unserer Forderung nach Frieden die END-Prozesse der europäischen nuklearen Abrüstungsinitiativen. Wir beteiligten uns mit schriftlichen Beiträgen an den internationalen Treffen der blockübergreifenden Friedensbewegung. Dadurch kam es auch zu Treffen mit westeuropäischen, vor allem westdeutschen Friedensaktivisten bei Friedensseminaren in der DDR. Mit Bezug auf die Menschenrechte haben wir uns vor al-

lern auf die Forderung bürgerlicher Freiheits- und Teilhaberechte konzentriert, denn im Bereich der sozialen Rechte sahen wir nicht so viele Defizite.

Unsere Menschenrechtsarbeit erfolgte auf zwei Ebenen: Zum einen forderten wir die Menschenrechte für alle ein, die in unserer Gesellschaft, also in der DDR, lebten. Dies geschah durch Petitionen und durch die Veröffentlichung von Erklärungen und Interviews, auch in der West-Presse. Später hatten wir eigene Untergrundblättchen, die die Inhalte der Beiträge zu den Friedens- und Menschenrechtsseminaren verbreiteten.

### ***Wir wollten auch leben, was wir forderten***

Die zweite Ebene war unsere eigene Inanspruchnahme bislang nicht zugestander Menschenrechte. Wir wollten nicht nur fordern, sondern auch leben, was wir forder-

ten. Ich veranschauliche das anhand einer unserer Erklärungen. Diese Erklärungen sind auf diesem schönen alten Schreibmaschinenpapier geschrieben. Es ist ganz nostalgisch, dies mal wieder herauszutreten. Man muß sich Mühe geben, die Schrift noch zu erkennen, weil wir damals nur diese Schreibmaschinenpapiere zur Verfügung hatten und mühsam abgetippt haben. Ich lese nur einen Satz aus der Erklärung: „Es entspricht dem Selbstverständnis der Initiative Frieden und Menschenrechte, neben Forderungen an Regierungen in Form von Eingaben und Appellen noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als seien sie bereits zugestanden“.

Wir versuchten also, die Meinungsfreiheit zu praktizieren. Wir versuchten, die Pressefreiheit durch Herausgabe von Untergrundblättchen für uns in Anspruch zu nehmen. Wir versammelten uns und betrieben - auch, wenn wir uns nicht Organisation mit einer speziellen Mitgliedschaft nannten - eine Vorstufe zur praktizierten Vereinigungsfreiheit. Es ging uns um die Inanspruchnahme der wichtigsten Menschenrechte. Dazu zählten wir neben den klassischen Freiheitsrechten, die ich bereits nannte, die Reisefreiheit, die Koalitionsfreiheit und die Abwehrrechte gegen den Staat. Die Arbeitsgruppe „Menschenrechte und Justiz“, die ich leitete, beschäftigte sich vor allem mit den Abwehrrechten gegen den Staat. Diese Rechte schlossen den Schutz vor willkürlichen Verhaftungen und den Anspruch auf rechtliches Gehör sowie auf Verteidigung im Gerichtsverfahren ein.

Wir machten also Gebrauch von diesen uns nicht zugestandenen, aber von uns geforderten Rechten. Einzelne Leute beteiligten sich beispielweise mit selbstgemachten Plakaten an der Demonstration zum 1. Mai. Sie wollten einfach sehen, was passiert, wenn man diese Rechte in Anspruch nimmt.

Wie Stephan Bickhardt schon sagte, fanden am 7. Mai 1989 Kommunalwahlen statt. Wir überlegten damals, mit eigenen Kandi-

daten anzutreten. Das war aber ein Versuch, der nicht sehr weit gedieh. Viel erfolgreicher verliefen dagegen die Beobachtung der Wahllokale und der Nachweis des Wahlbetrugs.

### ***Wir bleiben hier!***

Bei den Rechten, die wir für uns selbst in Anspruch zu nehmen versuchten, kam ein Recht nicht vor, nämlich das Recht, sein Land zu verlassen. Das war eigentlich das einzige Recht, bei dem wir sagten, darauf verzichten wir als Gruppe. Das hatte einen einfachen Grund: Wir wollten arbeitsfähig bleiben. Die Inanspruchnahme dieses Rechtes hätte unsere Arbeit lahm gelegt. Es kämpften ja genug Leute in den anderen, viel zahlreicheren Menschenrechtsgruppen, den sogenannten Staatsbürgerschaftsgruppen, mit Erfolg für ihre Übersiedlung in den Westen. Wir sahen von daher keine Notwendigkeit, für das Recht des einzelnen zu kämpfen, sein Land zu verlassen. Wir sahen im Gegenteil das Problem, daß wir nicht wußten, was wir mit diesen Leuten anfangen sollten, wenn sie sich bei uns ansiedelten. In meiner Arbeitsgruppe war nur eine, die ausreisen wollte, und wir überlegten uns, ob sie überhaupt bei uns mitarbeiten kann. Denn als sie in den Westen ging, bedeutete das neben dem Schmerz auch einen Verlust an Arbeit, an Wissen und an Solidarität. Deswegen gab es immer ziemliche Spannungen zu diesen Ausreiseleuten. Wir warfen Ihnen auch vor, daß sie eine Ein-Punkt-Bewegung seien, da sie nur für ein einziges Recht kämpften. Trotzdem gab es Berührungspunkte zu einzelnen Mitgliedern bis hin zur Unterstützung ihrer Arbeit.

Die Ausreisebewegung wird heute von einigen als die „größte Menschenrechtsbewegung der DDR“ bezeichnet. Ich halte das aber für irreführend. Diese sogenannte Menschenrechtsbewegung wollte wirtschaftliches Wohlergehen. Die meisten zogen aus diesem Grund vor, das Land zu verlassen, und nur relativ wenige gingen aus anderen Gründen.

Durch die ständige Auseinandersetzung mit den Ausreiseleuten und die Ratlosigkeit im Umgang mit dieser Problematik war uns schon damals klar, daß wir nur durch einen bewußten Verzicht auf dieses Recht hier etwas bewirken konnten. Das führte dann logischerweise zu dem Ruf: „Wir bleiben hier!“ Dieser Ruf ist also nicht erst 1989 geboren worden, sondern vier, fünf Jahre bevor er sich lautstark auf den Straßen artikuliert.

Was sind nun Hoffnungen und Illusionen der |FM? Die Hoffnung, die sich in dem Ruf „Wir bleiben hier!“ ausdrückte, hat sich erfüllt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen sind wir alle hiergeblieben. Das war also keine Illusion, wie einige damals glaubten, die uns sagten: „Ihr werdet früher oder später sowieso alle im Westen landen!“ Selbst diejenigen, die gegen ihren Willen oder halb gegen ihren Willen zu einem Zwangsaufenthalt zeitweise in den Westen expediert wurden - Bärbel Bohley und Werner Fischer zum Beispiel -, kehrten zurück. Wir kämpften um die Rückkehr, und auch bei den Templins war es so. Das war durchaus nur zu erreichen, indem dieser bewußte Satz „Wir bleiben hier!“ damals schon formuliert wurde.

### ***Und es folgte die verpatzte Einheit***

Unsere eigentliche Hoffnung war die Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR. 1990 haben wir in der DDR allerdings nicht geahnt, daß die Menschenrechte in Ostdeutschland durch Übernahme eines bewährten Systems Einzug halten würden und nicht durch ihre massenhafte Inanspruchnahme.

Unsere Illusion bestand in dem Glauben an den massenweisen Anschluß an unsere Forderungen. Wir glaubten, daß die Mehrheit der Menschen im Lande, von denen wir wußten, daß sie unzufrieden waren, daß sie sich verweigerten, daß sie sich in Nischen zurückzogen, die Hoffnung hatte, in Freiheit zu leben - auch, wenn sie die Menschenrechte in der DDR nicht unter den selben

Bedingungen wie wir in Anspruch nehmen wollten.

In Wort und Schrift frei seine Meinung äußern zu können, demonstrieren zu gehen, sich in Gewerkschaften zusammenschließen, Vereinigungen zu gründen, Versammlungen abzuhalten - all das, dachten wir, seien die eigentlichen Wunschvorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung in der DDR. Das war nun leider eine Illusion.

Beider Mehrheit konzentrierte sich 1990 der Kampf um die Menschenrechte auf das Recht der Reisefreiheit. Und dabei blieb es zum größten Teil - so leid es mir tut, das zu sagen. Die Folgen davon sind in einer verpatzten Einheit zu sehen, in einem übereilten Anschluß, bei welchem die Rechtsfolgen nicht bedacht wurden. Ich denke da etwa an das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung. Auch die wirtschaftlichen Folgen waren so nicht absehbar. Die Folgen des Aufwertungsschocks der Ost-Mark durch die Währungsunion in Form einer massiven De-Industrialisierung der neuen Bundesländer konnten damals nicht bedacht werden.

Die Hoffnung auf die massenweise Inanspruchnahme neuer selbsterkämpfter Rechte ist erst einmal geplatzt. Aber sie ist nicht tot. Überall in der Welt, in Europa und auch im vereinten Deutschland werden Menschenrechte verletzt. Und in dieser Situation wird es ohne Hoffnung und ohne einen persönlichen Einsatz nicht gehen. Ich denke, da hat dann nachher die Podiumsdiskussion einiges dazu zu sagen. - Dankeschön!

### ***Heino Falcke:***

Liebe Freunde, ich beziehe mich auf die Ökumenische Versammlung 1988/89 und den Anfang des *Demokratischen Aufbruchs*:

Erstens, mit der Ökumenischen Versammlung bildete sich in der Endphase der DDR-

sozialethischen Postulaten und globalen Visionen stecken, sondern formulierte politische Handlungskonkretionen.

Dritter Punkt: Die drei vorrangigen Verpflichtungen waren theologisch begründet und verpflichteten zuerst Christen und Kirchen. Sie beschränkten sich aber nicht auf eine kirchliche Binnenethik. Wir zeigten vielmehr, daß die Leitkriterien mit der säkularen Überlebensvernunft und der Menschenrechtstradition konvergieren. Wir suchten den Konsens mit den zivilgesellschaftlichen Erneuerungsbewegungen. So konnte die *Ökumenische Versammlung* zu einem Ausgangspunkt der neuen politischen Parteien im Herbst `89 werden.

### ***Wir wollten kein Macht- und Wahrheitsmonopol der SED, sondern mehr Demokratie und kritische Öffentlichkeit***

Das Leitkriterium „Gerechtigkeit“ bedarf besonderer Erläuterung: Es wurde im globalen Zusammenhang als soziale Gerechtigkeit für die arm gemachten Völker konkretisiert, innenpolitisch aber konkretisierten wir Gerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit und Beteiligungsfreiheit.

Wir forderten die Aufhebung des Macht- und Wahrheitsmonopols der SED, eine Gestaltung der DDR in Richtung auf mehr Demokratie und kritische Öffentlichkeit.

Das Thema Freiheit, das in der *Ökumenischen Versammlung* als Leitkriterium explizit nicht erscheint, wird also als ein Aspekt der Gerechtigkeit entfaltet. Diese hat für uns diese beiden Konnotationen: soziale Gerechtigkeit und bürgerliche Freiheit. Beides gehört untrennbar zusammen.

Auch die Leitkriterien der Friedensverantwortung und der ökologischen Verantwortung enthielten eine Gesellschaftskritik und Veränderungsimpulse, die den Ost-West-Gegensatz übergriffen. Wir waren der Meinung, beide Gesellschaften in Ost und West

Gesellschaft ein neues gesellschaftliches Handlungssubjekt. Die Kirchen untereinander und die Kirchen mit den gesellschaftskritischen Gruppen schlossen sich zu einer Handlungsgemeinschaft zusammen. Eine Hausmitteilung desZKvom 2. Februar 1988 äußerte die Befürchtung, daß hier eine politisch feindliche Plattform zurechtgezimmert werden könnte.

Zweitens, die *Ökumenische Versammlung* stellte drei Leitkriterien für das Handeln auf - die vorrangigen Optionen bzw. Verpflichtungen für die Armen, Gewaltfreiheit und Schöpfungsbewahrung. Sie nahm damit den konziliaren Prozeß des „Ökumenischen Rates der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung“ auf und konkretisierte ihn für die DDR. Sie drängte im globalen Problemhorizont auf Umgestaltung der DDR, wie die zahlreichen Handlungsvorschläge ihrer Texte zeigen. Das MfS sprach vom aktuellsten komplexen Forderungskatalog hinsichtlich gesellschaftspolitischer Veränderung in der DDR. Die *Ökumenische Versammlung* blieb also nicht in

brauchen Veränderung. Faßt man das politische Wollen der Ökumenischen Versammlung zusammen, so kann man sagen, daß sie auf eine soziale, ökologische, freiheitliche Demokratie abzielte, die sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und Friedensordnung einsetzt.

### **Der Mangel an politischer Grundlagenreflexion war ein empfindliches Defizit**

Viertens, ein schwerwiegendes Defizit der *Ökumenischen Versammlung* lag darin, daß sie die Frage offen ließ, wie der Sozialismus und seine realen Ausprägungen als System zu bewerten seien. Hier brach in der Arbeitsgruppe „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ ein Dissens auf, der nicht ausdiskutiert werden konnte. Entscheidend war für uns das Drängen auf konkrete Umgestaltung der realsozialistischen Verhältnisse. Diese Umgestaltung hätte faktisch den harten Kern des Systems, das Macht- und Wahrheitsmonopol der SED, gesprengt und hat es im Herbst `89 auch getan.

Aber der Mangel an politischer Grundlagenreflexion erwies sich später als empfindliches Defizit für die im Herbst `89 und im Vereinigungsprozeß anstehenden politischen Entscheidungen.

Fünftens: Ich komme von hier aus zu den Anfängen des *Demokratischen Aufbruchs*. Daß sich im Herbst politische Oppositionsbewegungen bildeten, war eine logische Konsequenz aus den Umgestaltungsforderungen der Ökumenischen Versammlung, die sich selber, weil theologisch motiviert, nicht als politische Oppositionsbewegung verstehen konnte - ich meine im politologisch exakten Sinn des Wortes. Der Demokratische Aufbruch setzte in seiner Programmatik deutlich die Linie der Ökumenischen Versammlung fort. Das zeigt schon seine Selbstbezeichnung: „Demokratischer Aufbruch sozial-ökologisch“.

Dreierlei ist hier verbunden: Demokratie, d. h. Trennung von Staat und Partei, Aufhe-

bung des Herrschaftsmonopols der SED, Meinungsfreiheit und Medienvielfalt; dann, etwas verschwommen: soziale Verhältnisse, die die soziale Sicherheit bewahren, d. h. Privilegien und Ungerechtigkeiten abbauen und in einer Kombination von Plan und Markt die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik auf neue Grundlagen stellen; und schließlich der ökologische Umbau der Industriegesellschaft.

### **Die Sozialismusfrage blieb offen**

Im Schlußabschnitt des Gründungsaufrufs vom 2. Oktober heißt es: „Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann“. Der Demokratische Aufbruch nahm also die Sozialismusfrage als offene Frage aus der Ökumenischen Versammlung auf. Das wurde dann in der Grundsatzklärung präzisiert. Wolfgang Thierse hat es vorhin schon zitiert.

Hier blieb vieles offen und manches unklar, wie es für einen Aufbruch in einem rasanten Umbruch nur natürlich ist. Anfang November wurde Ehrhart Neubert in einem Interview gefragt, warum der Demokratische Aufbruch ausgerechnet noch einmal für einen demokratischen Sozialismus plädierte? Die Antwort von Ehrhart Neubert zeigt die Grundrichtung, um die es dem *Demokratischen Aufbruch* ging: „Im Grunde geht es um bestimmte Werte, die in der christlich europäischen Kultur politische Gestalt gewinnen müssen. Das ist vor allem der Wert Gleichheit, der austariert werden muß mit dem Wert Freiheit. Zum anderen ist die sozialistische Tradition, die Arbeiterbewegung und alles, was dazu gehört, unverzichtbar. Es ist historisches Erbe. Wenn wir es nicht bewußt annehmen und beerben, ähnlich wie man auch das liberale Erbe aufnehmen muß, dann wird es eines Tages Neostalinisten geben, die sich an die guten alten Zeiten des Sozialismus erinnern, wo sie noch die Herrschaft hatten“. -Anfang November'89 in der Tat eine Prognose, die sich nur zu sehr bewahrheitet hat!

### **Gegen die neoliberalen Tendenzen kamen wir nicht an**

Die Vision eines alternativen Weges in der DDR gegenüber dem Westen ließ sich nicht halten. Das ist kein Grund zu einem Lamento. Wohl aber ist kritisch festzustellen, daß die Unsicherheit der Herbstrevolutionäre in der Sozialismusfrage im Vereinigungsprozeß verhängnisvolle Folgen hatte. Die soziale und ökologische Grundrichtung ihres politischen Wollens, die sich ja in kritischer Differenz zum Realsozialismus artikuliert hatte, konnte gegen die übermächtigen neoliberalen Tendenzen im Vereinigungsprozeß nicht durchgehalten werden. Angesichts dieser Tendenzen, die sich uns ja 1989/90 noch unter dem Dach der sozialen Marktwirtschaft verbargen, seither aber immer deutlicher hervorgetreten sind, hat die sozialökologische Grundrichtung unseres politischen Wollens von 89/90 hohe Aktualität. Diese ist auch neu geltend zu machen. Es zeigt sich gerade jetzt, daß lebendige Demokratie auf einem sozialen Konsens ruht.

Erlauben Sie noch zwei Schlußbemerkungen: Erstens, am 31. Mai 1992 machte ich auf Bitten einiger den Versuch, die zerstrittenen Bürgerrechtler zusammenzubringen. Wie die Streitpunkte, so war auch die Diskussion fast ausschließlich vergangenheitsorientiert an der strittigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Hätten wir im Mai 1992 nicht allen Grund gehabt, uns von dieser Vergangenheitsfixierung zu befreien und uns darüber zu verständigen, wie die von uns entwickelten Politikansätze in die veränderte Situation des Vereinigungsprozesses einzubringen sind? Die Kritik seiner Fehlläufe hätte innerhalb und außerhalb der Parteien starker ostdeutscher Stimmen bedurft. Das wäre auch eine politische Strategie gewesen, um der PDS Wasser abzugraben.

Zweite Schlußbemerkung: Für die Oppositionsbewegung in der Endphase der DDR hat sich der Begriff „Bürgerrechtler“ eingebürgert. Wie wird er eigentlich interpretiert? Schließt er die ganze Breite des politischen Wollens der Ökumenischen Versammlung und der Herbstrevolutionäre ein - also das

Demokratische, Soziale und Ökologische? Oder verengt er bewußt oder unbewußt seine Bedeutung auf das liberale Element der Freiheit, die individuellen Menschenrechte, die wahrhaftig auch wichtig sind, deren innerer Zusammenhang mit dem Sozialen und Ökologischen aus der Herbstrevolution 1989 aber nicht in Vergessenheit geraten sollte. - Danke!

### **Bernd Gehrke:**

Ziel und Vermächtnis von DDR-Opposition und Bürgerbewegung zu besprechen, ist meines Erachtens nicht einfach, weil zu eben diesen Zielen die Niederlage ja mit dazu gehört.

Da ich nicht zu denen gehöre, die im nachhinein Niederlagen in Siege ummünzen, meine ich, daß gerade der heutige 17. Juni und das damit verbundene Thema „deutsche Einheit“ - ein ganz zentrales Thema im Zusammenhang einstiger Zielvorstellungen

- genügend Anlaß bieten, die historischen Bedingungen in die Debatte über diese Zielvorstellungen mit einzubeziehen. Das ist hier heute aus Zeitgründen nicht möglich. Ich will hierzu nur anmerken, daß sicherlich viele von denen, die 1989/90 agiert haben, im Jahr 1953 in der Frage der deutschen Einheit eine ganz andere Position bezogen hätten, auch in der Vereinigten *Linken*. Das betrifft gerade die Einschätzung der Chancen für eine fortschrittliche Entwicklung in ganz Deutschland durch eine Wiedervereinigung. Im Jahr 1989 sind natürlich die historisch vorausgesetzten sozialen und politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland sehr wichtig für das Verhalten in dieser Hinsicht.

Ein zweiter Punkt, weshalb ich denke, daß man die Ziele von Opposition und Bürgerbewegung nicht einfach auf einen Nenner bringen kann, ist natürlich die Ausdifferenzierung der DDR-Opposition selbst, die ja bereits seit Mitte der achtziger Jahre relevant war, was in der „Wende“, in dieser Zeit

des Umbruchs, durchaus in verschiedenen politischen Herangehensweisen und Handlungen zum Ausdruck kam. Diese Differenzierung gab es nicht nur zwischen den verschiedenen Organisationen; sie ging auch durch sie hindurch.

### ***Wir wollten eine Demokratie von unten gegen Stalinismus und Kapitalismus***

Ich vereinfache das einmal etwas: Es gab einerseits die Tendenz, durch Organisation des „Runden Tisches“ von oben den Übergang zu betreiben und andererseits immer wieder den, wie wir wissen, gescheiterten Versuch, durch Entwicklung von Bürgerkomitees, Volkskontrollausschüssen oder Betriebskomitees eine Demokratie von unten aufzubauen und als Gegenmacht gegen das SED-Regime in Gang zu setzen. Letzteres ist nicht gelungen. Es gab einen anderen Weg und sicherlich aus historisch erklärlichen, guten Gründen.

1989 in der Zeit des Umbruchs war die *Vereinigte Linke* der Versuch einer breiten linken politischen Sammlungsbewegung für einen „freiheitlichen und demokratischen Sozialismus“. In der praktisch-politischen Kurzfassung jener Tage hieß das damals: „Gegen Stalinismus und Kapitalismus!“

Die Geschichte dieses Versuchs reicht länger zurück. Er kam aber aus verschiedenen, hier nicht zu benennenden Gründen auch erst im Sommer '89 zustande. Die wesentlichen Zielstellungen unserer Programmatik versuchten wir zu Beginn des politischen Aufbruchs in der DDR, als sich die verschiedenen oppositionellen Gruppierungen herausbildeten, in die öffentliche Debatte einzubringen. Wir veröffentlichten ein Papier, das als „Böhlener Plattform“ bezeichnet wird und einen umfangreichen Katalog von Vorstellungen für eine alternative DDR enthält. Dieser Katalog ist aber, auch später im Rahmen der *Vereinigten Linken*, nur partiell diskutiert worden. Ich will daran ein Kernproblem verdeutlichen.

Wir scheiterten an inneren Widersprüchen

Was genannt werden muß, wenn über die Ziele von damals und über ihre fehlende Umsetzung bzw. das Scheitern ihrer Verwirklichung gesprochen wird, sind die inneren Widersprüche der Organisation des Herbstes 1989.

Wenn ich über die Ziele der *Vereinigten Linken* spreche, dann darf nicht vergessen werden, daß es im Grunde ein überschaubarer, gewissermaßen innerer Kreis von wesentlich marxistisch geprägten Leuten aus der DDR-Opposition war, der diese Ziele formulierte. Die Realität der Initiative *Vereinigte Linke* war aber diesen Zielvorstellungen in vielerlei Hinsicht entgegengesetzt. Wichtige Themen, die wir mit der Bildung der Vereinigten Linken versuchten, in die öffentliche Debatte einzubringen, waren solche, die wir in den Bürgerbewegungen relativ unterbelichtet fanden. Dazu gehörten wirtschaftliche und soziale Themen, die sich auf die Arbeiterschaft, auf Betriebe orientieren. Das hing mit unserer Einschätzung zusammen, daß vereinfacht ausgedrückt wesentliche Teile dieser DDR-Opposition, wie sich in der „Wende“ auch zeigte, bildungsbürgerlich geprägt waren und für die Probleme der „normalen“ Leute relativ wenig Verständnis hatten - nicht aus böser Absicht, sondern aus der eigenen sozialen Lage heraus.

Im Verlauf der Praxis stellte sich allerdings heraus, daß der eigene „Laden“, die eigene Organisation, so etwas Ähnliches war wie ich überspitze einmal - die „Jugendabteilung“ eben dieser bildungsbürgerlich geprägten Bewegung.

In unseren Reihen fanden sich nicht gerade sehr viele Arbeiter, sondern ein großer Teil jener jugendlichen Subkulturen der DDR, die an den Rand und in das Umfeld der Evangelischen Kirche gedrängt waren. Die Quellen der *Vereinigten Linken* waren deshalb eher die „Offene Arbeit“ der Evangelischen Kirche oder die „Kirche von unten“

usw. als etwa Betriebe. Diese widersprüchliche Realität prägte die *Vereinigte Linke* maßgeblich.

### ***Die SED zu spalten, ist nicht gelungen***

Es soll auch noch ein anderer Aspekt erwähnt werden, der in den Auseinandersetzungen zwischen den Bürgerbewegungen 1990 eine große Rolle spielte: Eines unserer Ziele in der „Wende“ war es, einen Teil des in der SED vorhandenen kritischen Potentials aus der SED herauszuziehen und die SED zu spalten. Dies ist nicht gelungen, obgleich dies ursprünglich eine für uns durchaus wichtige Option war. Wenn man nach Osteuropa schaut, sieht man allerdings, daß das nirgendwo gelungen ist und in der DDR eben auch nicht. Wir haben zwar erreicht, daß einige wenige Leute aus der SED zu uns überwechselten. Diese hatten aber auf die Entwicklung in der „Wende“ keinen relevanten Einfluß, weder innerhalb der *Vereinigten Linken* noch in der Gesellschaft insgesamt.

Solche Widersprüche zu benennen, scheint mir wesentlich, um sich aus heutiger Sicht damaligen Zielen nähern zu können.

### ***Die historische Situation im Ostblock wies drei mögliche Auswege aus der Krise***

Ich möchte jetzt auf den Kern jener Vorstellungen eingehen, die mir als relevant auch für heute erscheinen. Mit anderen Oppositionsgruppen teilten wir zunächst die sich in den achtziger Jahren durch das gesamte Oppositionsspektrum ziehende Auffassung, daß sich die Welt in einer globalen Krise befindet. Stichworte hierfür waren die ökologische Krise, die Militarisierung des Lebens, das Nord-Süd-Gefälle etc. pp. Was uns aber in mancherlei Hinsicht unterschied von anderen Gruppen, das war die Einschätzung, daß wir es in der DDR nicht mit einer Gesellschaft des „Staatssozialismus“ zu tun hatten, sondern mit

politbürokratischen Industrialisierungsdiktaturen. Diese waren historisch an ihrem Ende angelangt. Für uns waren diese Regimes nur pseudosozialistisch. Ihr Untergang kann und muß daher historisch erklärt werden und darf nicht als Argument gegen die Debatte um einen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus in der Zukunft gerichtet werden.

Unsere mit dieser Sichtweise verbundenen Zielvorstellungen bewegten sich vor dem Hintergrund von drei möglichen Auswegen aus der Krise, die sich unserer Ansicht nach aus der historischen Situation im Ostblock ergeben konnten: Der erste Ausweg, den wir selber zu realisieren versuchten, war der, einen Weg zu finden, eine Demokratie von unten durch die Bevölkerung zu erschaffen. Das war unsere Hoffnung. Der zweite mögliche Ausweg war der Ausverkauf an das internationale Kapital. Diese Gefahr schätzten wir Ende der achtziger Jahre stärker ein als in den Jahrzehnten zuvor - gerade wegen der inneren Krise und im Angesicht des Modernisierungsdrucks der Wirtschaften in Osteuropa. Einen solchen Ausverkauf befürchteten wir eher als einen militärischen Einmarsch der Sowjetunion unter Gorbatschow. Den dritten möglichen Ausweg, der aber historisch zum Glück nicht realisiert wurde, hatten wir auch für die DDR ins Kalkül gezogen: Das war die Gefahr einer Militärdiktatur in der einen oder anderen Weise, von der wir noch im Herbst '89 befürchteten, daß sie im Laufe der Krise an die Stelle des alten Regimes der Parteidiktatur treten könnte.

### ***Das sozialdemokratische wohlfahrtsstaatliche Modell ist auf dem Rückzug***

Ein wichtiger Punkt, der zu unserer Einschätzung gehörte, war der, daß auch die internationale Linke in der Krise ist, daß etwa das sozialdemokratische wohlfahrtsstaatliche Modell in Westeuropa, in den Metropolen des Kapitals, auf dem Rückzug ist. Anhaltspunkte hierfür lieferten uns die Reagan-

Politik, der Thatcherismus und der neoliberale Schwenk der französisch-sozialistischen Regierung. Wir sahen außerdem, daß die Gewerkschaften mit dem Rücken zur Wand standen. Dies sind alles Prozesse, die natürlich wesentlich zur Erklärung der vollzogenen Schritte im Kontext der auf der Tagesordnung befindlichen deutschen Einheit beitragen.

Für die DDR gingen wir davon aus, daß eine sozialistische Linke völlig neu anfangen muß und daß sie mit der alleinigen Beseitigung des Stalinismus kaum Chancen auf Erfolg haben wird. Die Chance auf einen wirklichen Neubeginn einer sozialistischen Linken setzte für uns einen Prozeß voraus, innerhalb dessen die Folgen des realen Rationalisierungsdruckes, wie die Massenarbeitslosigkeit etc. pp., auch einen neuen Schub sozialen Denkens und neuer Bedürfnisse nach sozialen Sicherungssystemen an der Basis der Gesellschaft hervorbringen würden.

### ***Soziale und ökologische Rechte sind auch Menschenrechte***

Ein Aspekt, über den ich noch sprechen möchte, weil er auch in der Zukunft aktuell bleiben wird, ist die Differenzierung, die sich in der DDR-Opposition bereits Mitte der achtziger Jahre abzuzeichnen begann. Diese Differenzierung zeigte sich deutlich in der Frage, die bereits mein Vorredner angesprochen hat: in der Frage nach der Definition und dem Umfang der Menschenrechte. Und ich denke - und da würde ich Heino Falcke durchaus zustimmen wollen -, daß es auch in der Gegenwart darum gehen muß, soziale und ökologische Rechte in die Menschenrechte mit einzubeziehen, anstatt sie auf rein bürgerliche Rechte zu beschränken.

Mit dem praktischen Fehlen der einen oder anderen Art von Menschenrechten verband sich auch in der Vergangenheit unsere Kritik sowohl am System in Osteuropa, als auch am westlichen System. Weder wollten wir auf die Kritik daran verzichten, daß die

nicht vorhandene oder kaschierte Arbeitslosigkeit quasi mit dem Verbot der freien Rede erkaufte wird, noch wollten wir umgekehrt die Redefreiheit mit Arbeitslosigkeit bezahlen.

### ***Unser Vermächtnis lautet, sich gegen den konservativen Zeitgeist zu stemmen***

Die Kerngedanken, mit denen wir eine sozialistische Alternative in der DDR zu formulieren versuchten, enthielten drei grundlegende Aspekte. Ich meine, daß sie auch heute aktuell sind, insbesondere vor dem Hintergrund der weltweiten neokonservativen Wende. Dazu gehörte erstens unsere Vorstellung von einer radikalen Demokratie, die selbstverständlich nicht nur die UN-Menschenrechte verwirklichen und pluralistisch sein sollte, sondern vor allem eine direkte Demokratie sein sollte. Eine solche radikale Demokratie sollte sich zweitens auf eine Wirtschaftsdemokratie stützen. Drittens sahen wir die Notwendigkeit, einen drastischen und entschiedenen ökologischen Umbau der Gesellschaft zu organisieren. Dabei geht es, gerade auch heute, nicht bloß um eine „nachhaltige Entwicklung“, um dieses modische Wort aufzunehmen, sondern um ein völlig neues Steuerungssystem der gesellschaftlichen Entwicklung jenseits der Marktlogik. Diese Optionen, denke ich, bleiben auch für jede ernsthafte Zukunftsdebatte aktuell.

Wenn über das Vermächtnis der DDR-Opposition gesprochen wird - wobei sowohl deren Unterschiede als auch sich heute neu abzeichnende Gemeinsamkeiten zur Sprache kommen - dann ist, denke ich, ihr Vermächtnis vor allen Dingen das, sich gegen einen konservativen Zeitgeist zu stemmen und mit dem Aufstand des Gewissens gegen die Ungerechtigkeiten nicht zu warten. Ein damit verbundener Gesichtspunkt, der einst allen Bürgerbewegungen gemeinsam war, ist die Kritik an beiden Systemen, dem ehemaligen im Osten und dem westlichen kapitalistischen. - Vielen Dank!

### **Die Zeit war überreif für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog**

Die Gründungszeit des *Neuen Forums* läßt sich in zwei Phasen aufteilen: in eine erste Phase nicht genehmigter Gründungsaktivitäten, die vom 11. September, dem Tag des Gründungsaufrufes, bis zur offiziellen Anerkennung des *Neuen Forums* am 7. November andauerte, und eine zweite Phase genehmigter Gründungsaktivitäten vom 8. November bis zum 28. Januar, dem Tag der Gründungsversammlung des *Neuen Forums*. Ich will mich auf diese Phasen beschränken, weil an ihnen das Wesentliche deutlich wird.

Die Zeit im Jahre 1989 war überreif für einen gesamtgesellschaftlichen partei-, vereins- und verbandsübergreifenden Dialog. Dialog war schon zu Beginn der achtziger Jahre nicht nur zu dem Schlüsselbegriff schlechthin geworden, sondern zu einer Wirklichkeit, die diskutiert und eingeklagt wurde, um zementierte politische und gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen. Damit fiel der Gründungsaufruf des *Neuen Forums* am 11.9.1989 auf fruchtbaren Boden. Ich selber gehöre nicht zu den Urvätern, die zur Gründung des *Neuen Forums* aufriefen. Ich bin aber von Anfang an sehr aktiv mit dabei gewesen.

Die unter Führung der SED angebotenen gesellschaftlichen Foren ließen keinen gleichberechtigten, partnerschaftlichen Dialog aufkommen. Deshalb mußte ein neuer Rahmen geschaffen werden, in dem alle anstehenden Fragen und Probleme diskutiert werden konnten.

Der Aufruf des *Neuen Forums* war das auslösende Signal dafür, sich selbst eine neue Plattform, ein neues Forum zu schaffen, offen für alle, die dialogbereit waren. Er wirkte genau zum richtigen Zeitpunkt in eine hochbrisante gesellschaftliche und politische Lage hinein. Und er schlug die Bresche in die morsche Mauer maroder vorhandener politischer und gesellschaftlicher Strukturen.

Es gab ja eine Zeit der wilden Aufrufe. Im August/September sind mindestens vier oder fünf politische Organisationen mit Aufrufen hervorgetreten. Und erstaunlicherweise ist der Aufruf des *Neuen Forums*, obwohl auch er nur von einer kleinen Initiativgruppe formuliert wurde, in der ersten Phase des Umbruchs wie kein anderer Aufruf auf fruchtbaren Boden gefallen und hat eine immense Wirkung gehabt. In Windeseile sprach sich nämlich dieser Aufruf herum, und überall im Land fanden sich Menschen zusammen, bildeten Gesprächsforen und forderten deren offizielle Zulassung.

### **Der SED-Führungsanspruch wurde nicht in Frage gestellt**

Es war nichts vorgegeben. Es mußte kein Parteiprogramm abgearbeitet werden wie z. B. beim *Demokratischen Aufbruch* oder bei der SDP. Es wurden nur wichtige Problemfelder benannt, und es wurde nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Alle Interessierten sollten sich daran beteiligen. Nicht Parteien wurden zum Dialog aufgerufen, sondern Menschen aus allen Parteien, einschließlich der SED. Es war ein Appell an alle Bürger guten Willens. Ziel sollte es sein, Bedingungen für einen besseren Sozialismus zu erarbeiten.

Nicht einmal der Führungsanspruch der SED in einer neuen reformierten Gesellschaft wurde zu dieser Zeit im September in Frage gestellt. Dies unterblieb sicher aus taktischen Gründen, wie sich dann später herausstellte, weil es sonst zu einer Kriminalisierung dieses Aufrufes und derer, die sich an diesem Aufruf beteiligten und die ersten damals noch illegalen Gruppen bildeten, gekommen wäre. Der damit zusammenhängende Konflikt wäre unvermeidlich gewesen.

### **Mit der Anmeldung als Vereinigung begann die Quadratur des Kreises**

Innerhalb von vier Wochen waren landesweit Hunderte von Foren entstanden. Es kam zu

ersten Demonstrationen, die oft noch auf gewaltsame Reaktion der Staatsgewalt stießen. Ich erinnere nur an Dresden und an Leipzig und an Berlin Anfang Oktober. Gleichzeitig versuchten die Erstunterzeichner des Aufrufs jedoch, diesem offenen Gesprächscharakter eine festere Struktur zu geben. Sie meldeten das Neue Forum republikweit in allen Bezirken gemäß Vereinigungsgesetz der DDR als Vereinigung an, um dieser Bewegung eine Struktur und eine Gestalt zu geben. Damit jedoch begann die Quadratur des Kreises. Denn in dem Augenblick, wo sich eine Organisation bildete, mußte sie faktisch in Konkurrenz zu anderen Organisationen treten und konnte ihrem Anspruch, partei- und vereinsübergreifend zu agieren, nicht mehr gerecht werden, obwohl dieser Anspruch weiterhin bestand.

Wenn auch die Initiatoren anfänglich kein politisches Programm verkündeten, so gab es im Hintergrund allemal, zumindest in Umrissen, feste Punkte. Dies alles wurde jedoch in der ersten Phase noch nicht offenbar, weil ja nicht einmal die Legalität hergestellt war. Sie erinnern sich vielleicht noch alle an die Demonstrationen, wo u. a. auch skandiert wurde: „Neues Forum zulassen!“

### **Wir waren zu sehr mit uns selbst beschäftigt**

Das erste republikweite Treffen der entstandenen Initiativgruppen am 14. Oktober 1989 in Berlin machte dann auch die ungeheure Breite unterschiedlicher, oft sehr weit auseinander gehender Positionen und Meinungen deutlich. Jeder der Akteure verstand seine Meinung als Position des *Neuen Forums*, hielt seine Vorschläge für richtungweisend. Es war deswegen außerordentlich kompliziert, die oft weit auseinanderreichenden Meinungen zusammenzuhalten - aber es war von einem ganzheitlichen politischen Ansatz her durchaus möglich und produktiv.

Ich war damals Leiter dieser ersten bewegten Versammlung, und ich muß Ihnen sa-

### **Heiko Lietz:**

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! - Wir sind heute an einem historischen Tag zusammen. Gestatten Sie mir vor diesem Hintergrund einige Vorbemerkungen:

Ich finde es eine der bedauerlichen Folgen der deutschen Einheit, daß wir den Tag der deutschen Einheit an einem unhistorischen Tag feiern, an einem Bürokratietag, und die historischen Daten unserer Geschichte vernachlässigt haben, sträflich vernachlässigt haben. Das läßt tief auf den sozialen und sozialpolitischen Charakter unseres Volkes schließen. Ich hoffe aber, daß wir aus dieser unpolitischen und unhistorischen Phase der letzten Jahre und Jahrzehnte herauskommen und in eine bewußt politische Phase eintreten werden, in der dann die deutsche Einheit und das, was dieses Volk und seine Identität ausmacht, nicht nur an der harten Mark oder an dem Euro gemessen wird, sondern noch an anderen Werten.

gen, es war wirklich wie im Hexenkessel! Es war ein eruptiver Ausbruch! Es war auch die Freude an dem Wagnis, jetzt öffentlich und ohne Bremsen zu diskutieren, obwohl diese Veranstaltung nicht zugelassen war.

Die zweite Phase der Gründung mit der offiziellen Bestätigung der Anmeldung war sehr kompliziert: Das Neue Forum beschäftigte sich vor allem mit dem innerorganisatorischen Aufbau der Strukturen und der Frage danach, was an inhaltlichen Schwerpunkten Vorrang haben sollte. Die zentralen Zusammenkünfte wurden zu meist nur auf diese Dinge verwandt. Damit waren sehr viele Kräfte gebunden, weshalb es zu einer Auseinandersetzung mit den zentralen politischen Herausforderungen, die eigentlich dringend notwendig gewesen wäre, nicht ausreichend kam. In dieser Phase wäre aber eine klar strukturierte, effiziente Organisation zur Gestaltung des politisch gesellschaftlichen Umbruchs notwendig gewesen. Die Gruppe mit dem größten Zulauf und der höchsten Sympathie im In- und Ausland - um die handelte es sich beim Neuen Forum allemal - beschäftigte sich jedoch viel zu sehr mit sich selber und war deswegen außerstande, die gesellschaftlichen Umbrüche leitend in die Hand zu nehmen.

### **Die kleinen Kräfte wurden noch einmal gesplittet**

Ein weiteres Dilemma entstand, weil sich die unterschiedlichen Gruppen der Bürgerbewegung nicht, wie am 4. Oktober eigentlich vereinbart, gemeinsam den ersten Wahlen stellten. Sie differenzierten sich aus und gingen jeder ihrer eigenen Wege, so daß die kleinen Kräfte noch einmal gesplittet wurden. Von daher verabschiedete sich die Bürgerbewegung faktisch schon Ende Dezember/Anfang Januar von den Voraussetzungen für eine politischen Leitung in dieser Gesellschaft.

Die Gründungsversammlung am 27./28. Januar 1990 machte diesen inneren Zu-

stand eigentlich auch deutlich. Um die Frage, ob die deutsche Vereinigung einer der zentralen politischen Punkte im Programm des Neuen Forum werden sollte, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, ja fast zu einem Auseinanderbrechen des Neuen *Forums*. Und die politische Öffentlichkeit, die damals von diesem Kongreß mit großer Spannung zentrale Impulse für die weitere Gestaltung und Umgestaltung der Gesellschaft erwartete, wurde düpiert und sprachlos gemacht.

### **Die Idee der Bürgerbewegung bleibt eine Zukunftshoffnung für die vergreiste und blockierte Demokratie**

Was ist übrig geblieben vom Neuen Forum? Was die Organisation betrifft - so gut wie nichts mehr: ein kleines zerstrittenes Häuflein! Was aber als politischer Impuls weit über die Organisation und den Zusammenbruch der Organisation hinaus geblieben ist und was auch für unsere politische Zukunft in diesem vereinigten Deutschland richtungweisend werden könnte, ist die Idee der politischen Bürgerbewegung.

Ich will aus dem Programm des *Neuen Forums* diesen Satz zitieren, weil er auch für die weitere Gestaltung unserer Gesellschaft, gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Blockaden der politischen Parteien, einen zukunftsweisenden Impuls geben könnte: „Das Neue Forum ist eine politische Plattform für alle Bürger, die den bestehenden Parteien die Durchsetzung einer konsequenten und basisorientierten Demokratisierung nicht zutrauen. Parteipolitik verkürzt unsere Interessen auf Wahlkampfparolen und verschiebt ihre Umsetzung auf Wahltermine. Sie teilt die Bürger und Bürgerinnen in Wahlblöcke. Es gibt jedoch zahlreiche Probleme, in denen das Meinungsspektrum quer durch die Parteien geht. Daher müssen Bürgerbewegungen wie die unsere in den Volksvertretungen vertreten sein. Ohne sie kann es zu erneuter Verkalkung kommen, deren Zeuge wir über Jahrzehnte waren“.

Ich denke, diese 1990 formulierten Worte sind programmatisch gerade auch für die heutige Zeit. Ich habe die Hoffnung, daß es aus den heutigen politischen Frustrationen einen Ausweg gibt durch eine parteiübergreifende, außerparlamentarische und in die Parlamente hineingreifende Bürgerbewegung, eine Zukunftshoffnung für die vergreiste und blockierte Demokratie unserer Tage. - Schönen Dank!

### **Arndt Noack:**

Was wir nicht gewollt haben, wäre natürlich leichter zu sagen! Ich möchte nur vier kurze subjektive Punkte zu dem sagen, was wir wollten:

Ich denke, es ging 1989 um die Abschaffung eines nicht mehr reformierbaren Systems. Ich konnte im Verlauf des Herbstes '89 das Gerede von Dialog, für das sich dann sogar Herr Krenz und seine Freunde erwärmten, zunehmend nicht mehr hören. Und ich habe dann im Dezember, als es eigentlich um andere Dinge hätte gehen müssen, diese Lichterketten und das Händchenhalten eher als quälend erlebt.

Im Aufruf des Neuen *Forums* stand, glaube ich, als erster Satz: „Die Kommunikation in unserem Land ist gestört“. Hinterher ist man natürlich immer klüger! - Aber wenn man das heute liest, würde man sagen, das war doch eine Untertreibung!

### **Die Hoffnung auf einen reformierten Sozialismus war längst nicht mehr berechtigt**

Wolfgang Thierse hat den von Markus Meckel und Herrn Gutzeit formulierten Satz zitiert: „Die Demokratisierung unserer Gesellschaft hat die Bestreitung des Macht- und des Wahrheitsmonopols der SED zur Voraussetzung“. Das war für mich der wichtigste Satz der Wende, der von Anfang an klar benannte, worauf es ankam - und ich habe ihn vorher so nirgends gelesen!

Wie kann solche politische Rationalität und Analyse auch heute zum Zuge kommen? Das ist für mich eine wichtige Frage. Zurückblickend muß man sich doch eingestehen, daß man eigentlich schon 1968 hätte sehen müssen, daß das DDR-System aus sich selbst heraus nicht mehr reformierbar war.

Sicher, da war auch der Vietnamkrieg, und der war eine schlimme Sache! Aber warum haben wir das 1976 immer noch nicht so klar gesehen? Das ist für mich eine große Frage! Womit hängt das zusammen, daß politische Rationalität so wenig zum Zuge kommt?

Zu DDR-Zeiten haben wir es uns nur zu gern gefallen lassen, daß die westdeutschen Linken ihre Hoffnungen in uns hineinprojiziert haben. Wir waren so etwas wie ein zweites Chile für sie. Aber diese Hoffnungen waren doch nicht mehr berechtigt, wenn man genau hinsah.

### **Humanität kann in der Sprache verbluten**

Mein zweiter Punkt wäre, daß ich andererseits das damalige Anliegen des Neuen *Forums* gut verstehen kann. Öffentliche Kommunikation - die gab es eigentlich nicht mehr in unserem Land. Und es war ein wichtiges Anliegen, das zu benennen. Probleme müssen angesprochen werden, und es bedarf einer rückhaltlosen Sprache.

Humanität kann in der Sprache verbluten! Und die Angst vor dem Sprachloswerden ist mehr zu fürchten als die Angst vor der Bombe, hat jemand gesagt. Wo aufgehört wird, rückhaltlos miteinander zu sprechen, da entstehen solche Mauern und Grenzen, wie sie hier in Berlin Gott sei Dank abgeschafft worden sind. Und das ist natürlich auch meine große Anfrage an die Parteien jetzt:

Inwieweit sprechen Parteien rückhaltlos, auch solche wie die SPD, die aufgrund ihrer langen Tradition auch sehr viel überholte Ideologien mit sich herumschleppen und die Wirklichkeit dann nicht mehr so vorurteilslos wahrnehmen? Rückhaltlose Sprache ist etwas ganz Wichtiges, und ich schätze es nicht gering ein, daß man in diesem Land seine Meinung wieder öffentlich aussprechen kann. Das ist ein großer Schritt, der mich hoffnungsvoll stimmt.

### **Wir wollten eine zukunftsfähige Politik**

Der nächste Punkt ist, daß wir '89 eine wirklich zukunftsfähige Politik wollten. Wenn wir von Abrüstung und von einer ökologischen, sozialen Marktwirtschaft sprachen, die auch die Zwei-Drittel-Welt im Blick hat, dann waren das nicht nur Phrasen. Daß Willy Brandt Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission war, verband sich für uns mit der Hoffnung, daß die Fragen auch wirklich angegangen werden. Heute ist man in dieser Hinsicht doch eher ernüchtert.

Die meisten von uns kamen ja aus der Friedensbewegung. Ich erinnere nur an den „heißen Herbst“ 1983 und an den Olaf-Palme-Marsch 1987, bei dem zum ersten Mal längere Zeit kritische Plakate gezeigt werden konnten. Wir hatten gehofft, an einer wirklich zukunftsfähigen Politik mitarbeiten zu können.

Zur Zeit auf meinem pommerschen Dorf habe ich nicht den Eindruck, daß eine solche Politik ein Thema in der Partei ist. Wenn man so etwas Großartiges sieht wie diesen Bau hier, das Willy-Brandt-Haus, dann kann man natürlich den Eindruck gewinnen, die Welt ist in Ordnung, und die paar Problemchen kriegen wir schnell in den Griff. Auf meinem pommerschen Dorf, wo vierzig Prozent arbeitslos sind, sieht vieles anders aus. Da wissen die einfachen Leute, daß so nicht lange weitergewirtschaftet werden kann, daß sich viel verändern muß. Die Leute wissen zum Beispiel, daß die Renten nicht dieselben bleiben werden in Zukunft - und vieles andere!

Wenn man die Politiker hört, denkt man doch, daß da eher an kleinen Dingen herumkuriert wird. Und es sind viel entschlossener Schritte auch in Richtung Ökologie und ähnliches notwendig. [Applaus] Ich weiß nicht, woher die Ängstlichkeit der Politiker kommt, daß sie den Menschen so wenig zutrauen. Einfache Leute wissen, daß eine Wandlung notwendig ist.

Eine zukunftsfähige Politik hat natürlich auch etwas mit analytischer Vernunft zu tun: Wo stehen wir, und was machen wir uns vor? Wir leben in einem reichen Land, und wer viel hat, hat viel zu verteidigen, und deshalb oft einen sehr getrübten Blick auf die Wirklichkeit. [Applaus]

### **Für ein besseres Verhältnis zwischen Parteien und Bevölkerung gibt es eine völlige Negativanzeige**

Ein Punkt, der mir auch immer wichtig war, als wir '89 in vielen Gesprächsrunden die SDP vorstellten, ist der, daß wir nach vierzig Jahren „demokratischen“ Zentralismus hofften, es könne ein anderes Verhältnis zwischen Parteispitze und Parteibasis und vor allem auch zwischen Parteien und Bevölkerung entstehen. Das Neue *Forum* hat sich in seinem Gründungsauftrag auch sehr deutlich dafür ausgesprochen, daß mehr Menschen sich für Politik interessieren sollten. Wenn man dieses Ziel mit der Realität vergleicht, da gibt es wohl nur eine völlige Negativanzeige. Ich frage mich, woran liegt das nur? Sicher liegt das auch an der Sprache, die in den Parteien gesprochen wird und die

nicht rückhaltlos genug ist. - Aber es liegt vielleicht auch an den Politikern.

August Bebel ist nach jeder Reichstagsitzung in seinen Wahlkreis gefahren und hat Bericht erstattet - in den Biergärten und was weiß ich wo. Das machen unsere Politiker vom Landtag, vom Kreistag oder vom Bundestag wahrscheinlich doch zu wenig! - Und wenn da auch wenige Zuhörer sitzen: Den Glauben daran, daß das wichtig ist, und die Zähigkeit, dafür einzustehen, das muß man haben. Als Pastor sitze ich oft auch vor nur zwei Leuten. [Lachen, Applaus]

Es ist meine Hoffnung und mein Anliegen für heute, daß wir überlegen, wie die Politik für mehr Menschen nicht gerade die wichtigste Sache, aber doch wichtiger Bestandteil ihres Lebens wird. - So möchte ich das sagen.

### **Ulrike Poppe:**

Meine Damen und Herren, nur eine kleine Vorbemerkung: Ich war etwas erstaunt, als ich hierher kam. Zunächst dachte ich, ich bin auf der falschen Veranstaltung - nicht nur, weil so viele Leute hier sitzen, sondern

auch, weil ich hier eine Reihe ergrauter älterer Herren auf dem Podium sehe. Ich hatte meine Freunde von damals ein bißchen anders in Erinnerung, aber der Zahn der Zeit...

### **Zwischenruf aus dem Podium:**

Wir können eben nicht alle so jung bleiben wie Du!

### **Ulrike Poppe:**

Ich bin auch ergraut. Es spiegelt sich wider, daß Zeit ins Land gegangen ist. Deshalb könnte es interessant sein, wie manche nach sieben Jahren über diese alten Geschichten denken.

Dennoch frage ich mich, weshalb so viele gekommen sind. Diese alten Geschichten kennen Sie doch eigentlich alle! Ich sehe viele bekannte Gesichter im Saal. Weshalb sitzen Sie hier und opfern Ihre kostbare Zeit - um das alles noch einmal zu hören? Was daraus geworden ist, das wissen Sie ja eigentlich auch! Weshalb sitzen Sie hier? Ist es Nostalgie? Ist es die Sehnsucht nach diesem starken, breiten, stabilen, einigenden Konsens, den wir damals hatten - einem Konsens, der in der Ablehnung einer Herrschaftsordnung bestand, die den Menschen entmündigte?

Dieser Konsens war es, glaube ich, der in diesem breiten Spektrum alle geeint hat. Für die heutige Situation taugt er nicht mehr, aber es gibt die Suche nach etwas, das uns weiterhin eint. Ich habe bei Heiko Lietz die Sehnsucht herausgehört, eine neue Gemeinschaftsbewegung zu initiieren. Ich halte das für problematisch. Aber das wird möglicherweise Thema des zweiten Teils dieser Veranstaltung.

### **Die Hochrüstung der beiden Blöcke forderte zu Aktionen heraus**

Ich werde hier für **Frauen für den Frieden** sprechen, denn Demokratie Jetzt und die Initiative **für Frieden und Menschenrechte** sind schon zu Wort gekommen. Auch die Gruppe **Frauen für den Frieden** hat diese

großen, sehr wenig inhaltlich ausgestalteten, allgemeinen Ziele formuliert: Ökologisch sollte die neue Gesellschaft sein und sozial und demokratisch natürlich und rechtsstaatlich usw..

Ich muß ein bißchen zurückgehen in die Geschichte: Die wesentliche Zeit für **Frauen für den Frieden** in Berlin war die erste Hälfte der achtziger Jahre. In der zweiten Hälfte arbeitete die Gruppe zwar noch, aber die einzelnen Mitglieder trafen sich eher sporadisch, und die meisten arbeiteten auch in anderen Gruppen. Die Frauenbewegung entwickelte sich seit 1982 DDR-weit. Sie wuchs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre weiter und bekam im Gegensatz zum allgemein emanzipatorischen Anspruch von **Frauen für den Frieden** - zunehmend feministische, frauenpolitische, frauenemanzipatorische Inhalte.

Sie erinnern sich sicherlich: Anlaß für die Gründung der **Frauen für den Frieden** 1982 war das neue Wehrdienstgesetz, das die Einbeziehung der Frauen in die Armee vorsah. Das war aber nur der Anlaß. Die Frauen litten wie die Mitglieder anderer Friedensgruppen auch unter dem Zustand der gefährlichen Spannungssituation in der Welt. Die Hochrüstung der beiden Blöcke forderte zu Aktionen heraus, und es kam zu Konflikten mit den Friedensauffassungen der SED. Der Friede müsse bewaffnet sein, hieß es. Gegen einen solchen Friedensbegriff wandten sich die Frauen, mit einer Eingabe zunächst. Das Entscheidende war der Selbstbestimmungsanspruch als Bürgerinnen und als Frauen, der gegen diese Anmaßung der Machthaber geltend gemacht werden sollte. Dieser Anspruch schloß die Herstellung von Öffentlichkeit und die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ein.

### **Wir wollten die Gesellschaft in die Lage versetzen, selbst Wege zu bestimmen**

Unsere Aktionen und Arbeitsschwerpunkte richteten sich gegen die Verharmlosung des

Atomkriegs in der Zivilverteidigung, gegen Wehrkundeunterricht, gegen vormilitärische Ausbildung, gegen militaristische Inhalte in den Schullehrbüchern und angesichts von Tschernobyl gegen Atomkraftwerke. Wir wandten uns außerdem gegen den Straßenbau durch den Jüdischen Friedhof und traten ein für die Problematisierung gentechnischer Experimente und strahlenbelasteter Muttermilch usw. Dies kulminierte für uns alle in der Absicht, die politischen Entscheidungen nicht mehr den Machthabern zu überlassen.

Durch all diese Forderungen zog sich die zentrale Forderung nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Was war das für eine Demokratie, die wir im Blick hatten? Wie stellten wir uns diese vor? Was für einen Rechtsstaat wollten wir? In den siebziger Jahren standen noch Entwürfe von neuen gesellschaftlichen Ordnungen im Vordergrund. Die achtziger Jahre werden im Gegensatz dazu zuweilen als theoriearm bezeichnet, denn es ging nicht mehr um alternative Gesellschaftskonzepte. Es ging nicht mehr um „Dritte Wege“. Damit befaßten sich höchstens noch einzelne. Edelbert Richter z. B. hat sehr wohl - er kommt ja jetzt auch gleich zu Wort - noch an Konzepten gearbeitet, während es uns eher darum ging, einige überschaubare Reformschritte in Gang zu setzen und vor allen Dingen eine Öffentlichkeit herzustellen, die dann infolge einer demokratischen Entwicklung selbst bestimmen sollte, welche Wege sie gehen will als Gesellschaft.

Wir wollten nicht der Gesellschaft die Inhalte vorgeben, sondern wir wollten die Gesellschaft in die Lage versetzen, selbst Wege zu bestimmen - also, zentrales Ziel war Öffnung der Gesellschaft!

Wir hatten kein nur voluntaristisches Demokratie- und Rechtsverständnis, sondern wir sahen Demokratie und Recht durchaus als Werte an sich an. Es ging uns um Offenlegung, Durchschaubarkeit, Mitsprache,

Mitbestimmung sowie Rechtssicherheit, unabhängige Gerichte, Bindung der Macht an das Recht.

### **Der Rechtsstaat im Westen ist kein Eldorado der Gerechtigkeit**

Aus Gesprächen mit Freundinnen und Freunden aus dem Westen, wie Petra Kelly und Gerd Bastian, um nur zwei zu nennen, machten wir uns ein Bild von der demokratischen Konstitution Westdeutschlands. Wir konnten uns vorstellen, daß die parlamentarische Demokratie ergänzungsbedürftig ist, daß sie weiter entwickelt werden muß. Aber wir kannten die Demokratie ja nicht. Wir kannten sie quasi nur über die Vermittlung. Uns war aber aus diesen Kontakten eigentlich klar, daß der Rechtsstaat im Westen nicht das Eldorado der Gerechtigkeit ist. Insofern habe ich mich auch ein bißchen geärgert über den Satz von Bärbel Bohley „Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen“, einfach deshalb, weil dieser Ausspruch suggeriert, daß die Bürgerbewegung so naiv wäre anzunehmen, daß mit dem Rechtsstaat schon die perfekte Gerechtigkeit verwirklicht sei. So naiv waren wir nicht. Wir haben durchaus unterscheiden können [Applaus] zwischen einem Rechtsstaat und Gerechtigkeit. Allerdings sollte dieser Rechtsstaat nicht nur ein Rechtsverfahrensstaat sein, sondern er bindet sich ja auch an Inhalte und bedarf der konkreten Ausgestaltung in einer Rechtsordnung, die aus vielerlei Gründen ja gar nicht perfekt sein kann. Insofern glaube ich, daß dieses Bohleysche Diktum nicht dem entspricht, was wir uns damals vorstellten.

Hinzu kam - noch einmal zum Thema Ergänzungsbedürftigkeit der parlamentarischen Demokratie - die eigene Erfahrung mit Machtmißbrauch einerseits und mit Basisengagement andererseits, so daß wir das, was an Eigenständigkeit und Selbstbehauptung im Sommer `89 aufbrach, nicht so einfach aus den Händen geben wollten. Das heißt, es gab durchaus so etwas wie eine Hoffnung auf Civil society. Und aus dem

Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ kann man, glaube ich, entnehmen, daß in unseren Köpfen eine Gesellschaftsvorstellung, eine Demokratievorstellung vorhanden war, die mehr auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger setzt als es im Grundgesetz der Bundesrepublik der Fall war.

### **Wir wollten Recht statt Gnade**

Gerechtigkeit gehörte ja zu den Legitimationsformeln des DDR-Staates. Es hieß, der Kommunismus sei ein Zustand vollendeter Gerechtigkeit, und der Sozialismus sollte als Übergangsphase dorthin verstanden werden. Doch den Maßstab für Gerechtigkeit bestimmten Machtinteressen! Was dem einzelnen ungerecht erschien, wurde als Gerechtigkeit in höherem Sinne für die Allgemeinheit und für die Zukunft verbrämt.

Das Recht - man sprach ja selten von Recht, sondern eher von sozialistischer Gesetzlichkeit- zielte nicht auf Ermöglichung, sondern auf Einschränkung von Freiheit. Die *Frauen für den Frieden* machten mehrere Veranstaltungen zum Thema „Recht“. „Recht statt Gnade“ lautete die Forderung. Gerechtigkeit müsse durch das Recht gesichert sein, wenn sie nicht zum Gnadenakt verkommen soll. Martin Böttger hatte schon von dieser Untergruppe der Initiative *Frieden und Menschenrechte*, „Menschenrechte und Justiz“, gesprochen. Eine zentrale Forderung - ich glaube, die hat er nicht erwähnt - war die der Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit. Es ging uns um die Einklagbarkeit von Verwaltungsentscheidungen. Das sollte Ende der achtziger Jahre in der DDR auch enumerativ, wie es hieß, eingeführt werden. Verwaltungsentscheidungen sollten in einigen Bereichen für die Bürger einklagbar werden, aber natürlich nicht in den zentralen, politisch relevanten Bereichen. Die Behörden hatten nicht einmal eine Begründungspflicht, wenn sie einen Reiseantrag ablehnten, geschweige denn, daß man gegen so eine Ablehnung klagen durfte. Eine kurze Bemerkung auch noch zu Martin Böttgers These, daß wir das Reiserecht

herausgenommen haben. Ich weiß nicht, ob das nicht hier mißverstanden werden könnte. Wir wollten in der DDR bleiben und sie verändern, aber dieses Reiserecht, dieses Recht auf Freizügigkeit, war ein Recht, das wir den Menschen natürlich ausgesprochenermaßen als Grundrecht zugestanden haben, und das ist belegbar. Damit das nicht falsch interpretiert wird: Wir haben dieses Recht nicht aus dem Grundrechtskatalog herausgenommen.

### **Die Torte blieb mir im Munde stecken**

Das Frauenengagement mündete dann im *Unabhängigen Frauenverband*. Da war ich aber nicht mehr dabei. Deshalb will ich über '89 und die Frauenforderungen von '89 nichts sagen.

Die Frauenpolitik der DDR gehört ja inzwischen zu den Nostalgieinhalten, die den Zerstörern der Hoffnung vorgehalten werden: Die Frauenpolitik, heißt es, sei das, was erhaltenswert gewesen wäre. Natürlich wurden Frauen besonders gefördert, weil man sie als Arbeitskräfte brauchte. Die Mitglieder von *Frauen für den Frieden* mußten allerdings die Erfahrung machen, daß von dem allzu gut klingenden Frauenförderungsplan nichts einklagbar war und daß ihnen auch kaum Chancen für Bildung und berufliche Entwicklung eingeräumt wurden. Diese Frauenförderung war auch nur ein Gnadenakt. Es wurde wahlweise gefördert, aber das war nicht einklagbar. Wer sich illoyal verhielt, war von diesen Rechten ausgeschlossen. Das war natürlich keine frauenspezifische Angelegenheit, sondern generelle Praxis, daß einem bei Illoyalität alle sozialen Rechte, einschließlich des Rechtes auf Arbeit, vorenthalten werden konnten.

Um nicht ganz an den frauenpolitischen Zielen vorbeizugehen, will ich ein paar nennen, und wir können ja dann im zweiten Teil der Veranstaltung darüber reden, was davon Wirklichkeit geworden ist und was nicht.

Frauen- und Jugendpolitik galten als ganz besondere Vorzüge des Ostens gegenüber dem Westen. Wenn alle Jahre am B. März der Generaldirektor des Museums für deutsche Geschichte - das war zwölf Jahre lang meine Arbeitsstelle - den Frauen vorhielt, wie froh sie doch angesichts vollkommener Gleichberechtigung sein sollten, blieb mir, wie vielen anderen auch, die Torte im Munde stecken. Wir - die *Frauen für den Frieden* und die vielen Gruppen, die es gab - sahen es von daher als unsere Aufgabe an, auch die Lügen kenntlich zu machen, die hinter solchen Phrasen steckten.

Die *Frauen für den Frieden* forderten zunächst eine geeignete Interessenvertretung, denn der DFB, Demokratischer Frauenbund Deutschlands, hatte die Monopolstellung und schien von daher gänzlich ungeeignet, die Fraueninteressen adäquat zu vertreten.

Darüber hinaus wollten wir gleiche Repräsentanz in Entscheidungsgremien, überhaupt in politischen Gremien. Übrigens: So, wie hier auf dem Podium, war die Zusammensetzung in den Oppositionsgruppen nicht. Es gab unter Umständen einen leichten Überhang von Männern. Dominant waren die Männer zweifellos. Es einmal ohne diese Dominanz zu probieren war möglicherweise eines der Motive, weshalb sich Frauengruppen gründeten.

Weitere Forderungen waren: Zugang für Frauen auch zu bestbezahlten Stellen; Zugang zu Leitungsfunktionen, und zwar nicht nur in frauenspezifischen Berufszweigen; keine Minderbezahlung typischer Frauenberufe; Umwandlung der monotonen Arbeitsplätze, weil gerade die monotonen Arbeitsplätze am Fließband usw. den Frauen vorbehalten waren; kindergerechte Ausstattung von Gaststätten, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Einrichtungen; Räume für eine spezifische Frauenöffentlichkeit sowie weitgehende gesetzliche Maßnahmen gegen Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen und öffentliche Thematisierung dieser Problematik.

Ich breche jetzt hier ab. Es wird sonst zu lang!- Dankeschön!

### **Edelbert Richter:**

Ich freue mich, daß wir uns mal treffen. Manche habe ich die ganzen sieben Jahre über nicht gesehen, muß ich gestehen. Aber es sind ja auch turbulente Zeiten gewesen seitdem!

Ich will zunächst ein bißchen zum *Demokratischen Aufbruch* erzählen: Ich glaube, im Mai 1989 gab es eine Meldung, wir mußten uns mal treffen. Das waren Friedrich Schorlemmer und Rainer Eppelmann, die das wohl geplant hatten. Dann weiß ich noch, wie wir am 21. August den *Demokratischen Aufbruch* aus der Taufe gehoben haben. Ehrhart Neubert sitzt hier. Er holte mich ab in Weimar, und wir fuhren nach Dresden und tagten dort ganz konspirativ. Dort kriegte ich dann den Auftrag, ein Programm zu erarbeiten. Mit dem Programm bin ich dann zwar nicht so richtig zum Zuge gekommen - da hat dann der Staatssicherheitsdienst dazwischen gefuscht -, aber ich will trotzdem noch mal etwas daraus vorlesen. Ich habe also auch so ein Papier aus alten Zeiten hier! An diesem Programm waren zwei Dinge richtig, und zwei Dinge, glaube ich, sind hier falsch oder fehlen einfach.

### **Wir verstehen unter Demokratie nicht „Volksherrschaft“**

Richtig war - dazu würde ich, übrigens im Gegensatz zu Heiko Lietz' basisdemokratischen Ansatz, auch heute noch stehen -die Aussage: „Wir verstehen unter Demokratie nicht ‚Volksherrschaft‘, zu der sich heute alle möglichen Diktaturen bekennen, sondern ein Zusammenleben, das sich auf den offenen Dialog um die Wahrheit gründet“.

Dann geht es weiter: „Da zum Dialog aber mindestens zwei gehören, kann unsere Gesellschaft erst demokratisch werden, wenn sich neben der Einheitspartei eine zweite politische Größe konstituiert“. - Und das sollte der *Demokratische Aufbruch* sein. Das war natürlich ein bißchen kühn. Aber es gab ja dann noch andere. Jedenfalls war der Gedanke im Grunde richtig.

Ich würde heute noch dieses Demokratieverständnis vertreten, was nicht ausschließt, daß Heiko Lietz ein bißchen recht hat, weil diese repräsentative Demokratie natürlich Anstöße von unten braucht. So geht das im Programm auch weiter. Es wird nämlich geschlußfolgert, daß nun anstelle von „trügerischen Einheiten Zweiheiten treten“ müßten, also z. B. Partei und Staat. Die waren ja so herrlich verquickt. Die mußten getrennt werden.

In der Urteilsfindung müssen Differenzen zwischen verschiedenen Meinungen zum Tragen kommen, in der Willensbildung ebenso. Entsprechend haben wir getrennt zwischen Staat und Gesellschaft. Wir wollten also keine trügerische Einheit und, wie es im Papier heißt, „nicht die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik“, sondern die Trennung beider. Das ist das eine in dem Programm, das nach wie vor richtig ist.

### **Wir wollten die Einheit auf dem „Dritten Weg“**

Das zweite, das richtig ist, ist das Bekenntnis zur deutschen Einheit, mit dem ich al-

erdings - nach meinem heutigen Eindruck - auch viel Unheil angerichtet habe, in Thüringen jedenfalls. Ich habe mich nämlich in diesem Punkt in meinen Reden nicht an das Programm des *Demokratischen Aufbruchs* gehalten, sondern an mein eigenes Konzept. Das wurde ja nicht so streng gehandhabt damals!

Ich habe damit sehr viel Unheil angerichtet, weil ich - im Gegensatz zum eigentlichen Programm des *Demokratischen Aufbruchs* - die nationale Frage doch angeschnitten habe. Das lautete dann etwa so - an der Stelle gab es übrigens immer Beifall -: „Gegenüber den neuerlich wiederbelebten Versuchen der SED, eine nationale Identität der DDR zu erfinden und mit Sachsens Glanz und Preußens Gloria anzureichern, halten wir an unserer Verantwortung als Deutsche fest“.

Das war, muß ich gestehen, sehr zweideutig. Es war in dieser Zeit noch nicht üblich, daß die deutsche Frage wirklich ernsthaft ins Spiel gebracht wurde. Daß damit auch Unheil angerichtet wurde, zeigte sich bald. Denn nun schwenkte ein Teil des *Demokratischen Aufbruchs* in die konservative Richtung, was ich eigentlich überhaupt nicht wollte. Gedacht war nämlich folgendes, und so geht der Text auch weiter: „Wenn wir in der DDR Demokratie verwirklichen, so öffnen wir uns bewußt den liberalen Grundwerten der Bundesrepublik und erwarten von deren Bürgern, daß sie sich umgekehrt sozialistischen Werten öffnen“. [Lachen und Applaus]

Das ist das mit dem „Dritten Weg“ gewesen, was ja oft mißverstanden wurde. Der Satz endet: „...wozu sich schon bei den nächsten Wahlen eine Gelegenheit bietet“. [Lachen] Wir dachten, wenn wir endlich die Grundfreiheiten in der DDR durchsetzen, dann werden die im Westen vielleicht auch eine Kurskorrektur vornehmen.

Wenn man das heute liest, wirkt das - ich will das ruhig mal sagen - schon seltsam.

Man sollte es nicht heroisieren, sondern muß das eigentlich ein bißchen ironisieren. Das liegt ganz einfach daran, daß ja die Geschichte mit uns ironisch verfahren ist. Denn was dann kam, hat ja doch keiner vorausgesehen.

### **Aber wir haben nicht mit dieser Wendung der Geschichte gerechnet**

Das führt mich zu dem zweiten Punkt: Was ist denn nun falsch gewesen? - Das will ich jetzt nicht auch noch vorlesen, denn das wäre ja peinlich!

Falsch ist jedenfalls gewesen, daß wir alle - von den Propheten unter uns abgesehen - davon ausgegangen sind, daß der Ost-West-Gegensatz in irgendeiner Weise weiter bestehen bleibt und nicht davon, daß sich das Ganze gewissermaßen mit dem Sieg des Westens und dem Zusammenbruch des Ostens auflösen würde. Ich jedenfalls weiß, daß wir bis Juni 1990 immer noch damit gerechnet haben, daß die Sowjetunion enorme Forderungen stellen wird, wenn sie die DDR freigibt. Bis zu dem Gespräch des Kanzlers mit Gorbatschow im Juni gab es immer noch die Unsicherheit, ob Gorbatschow auf dem Parteitag überhaupt wiedergewählt werden würde. Man erwartete, daß die Konservativen in Rußland wieder an die Macht kommen und dann erst recht noch einmal auftrumpfen würden. So waren unsere Vorstellungen. Das muß man sich klar machen!

Die meisten jedenfalls haben mit einem Weiterbestehen des Ost-West-Gegensatzes gerechnet. Das ist unser Irrtum gewesen. Wir haben nicht mit dieser Wendung der Geschichte gerechnet. Und daher kommt das übrigens auch mit dem „Dritten Weg“. Es war schon sauber durchdacht, aber es scheiterte natürlich alles daran, daß die Geschichte diese Wendung nahm. Sonst wäre ja alles sehr rational gewesen, was wir uns da zurechtgelegt haben.

Ich will aber noch eins hinzufügen: Daß wir davon ausgegangen wären, daß es sich im Osten um Sozialismus handelte, ist ein Mißverständnis, das an der Stelle immer wieder auftaucht. Es ist Unsinn, uns mit einer solchen Position zu identifizieren. Ich habe die Sozialismusdebatte in den siebziger Jahren nun wirklich mit verfolgt. Die Position des „Dritten Weges“ war ganz anders gedacht.

Das ist der eine Fehler: Wir haben mit dem Weiterbestehen des Ost-West-Gegensatzes gerechnet und haben daran gedacht, die deutsche Einheit auf der Grundlage der Entspannungspolitik zu verwirklichen, die ja inzwischen sehr erfolgreich im Gange war.

### **Der Weltmarkt spielt uns einen Streich**

Der andere Irrtum -das ist für mich der noch gewichtigere - hängt mit dem vorhergehenden zusammen. Es war ein Irrtum, mit einer Kontinuität auch der westlichen Ordnung, das heißt der sozialen Marktwirtschaft zu rechnen, jedenfalls in bezug auf die Bundesrepublik. Ich muß gestehen, daß ich auch erst im nachhinein gesehen habe, daß diese Kontinuität eigentlich nicht mehr gegeben war. Vielmehr gab es hier einen Bruch. Dieser Bruch liegt in der alten Bundesrepublik 1982. Er liegt in der westlichen Welt überhaupt Ende der siebziger Jahre, Anfang der achtziger Jahre. Man denke an Thatcher und Reagan. Die Frage ist - Herr Gehrke sprach das an -, ob man überhaupt noch von sozialer Marktwirtschaft sprechen kann. Was wir jetzt an Debatten über den Abbau des Sozialstaates haben, rührt letztlich von dieser Wende Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre her. Das haben wir 1989 nicht gewußt. Deswegen sage ich, das war unser entscheidender Fehler.

Wir sind davon ausgegangen, daß - etwas abgekürzt gesagt - die soziale Marktwirtschaft auch so eine Art „Dritter Weg“ ist. Deswegen haben wir sie akzeptiert und gesagt, warum nicht so herum? Wir haben uns

da zwar etwas ausgedacht, aber wenn die deutsche Einheit jetzt kommt, so ist die soziale Marktwirtschaft auch eine vernünftige Orientierung.

Da waren wir eben im Irrtum. Die soziale Marktwirtschaft ist schließlich nicht mehr das Konzept, das heute bestimmend ist, sondern wir haben seit dem Ende der siebziger Jahre den Neoliberalismus.

Heino Falcke hat es ja vorhin schon erwähnt: Wir haben es zu tun mit der zunehmenden Unmöglichkeit - das leitet jetzt hinüber zu der nächsten Gesprächsrunde -, überhaupt noch nationale Wirtschaftspolitik im Sinne wohlfahrtsstaatlicher Politik zu machen, weil der Weltmarkt uns da einen Streich spielt. Das alles haben wir, glaube ich, damals ebensowenig bedacht wie die inneren Verhältnisse einer zunehmenden Entpolitisierung und Individualisierung. Wir haben übrigens auch in bezug auf die Dritte Welt dieses Thema, das im konziliaren Prozeß eine große Rolle gespielt hat, nicht durchschaut, daß es eine Art Ende dieser Welt schon vor dem Ende der Zweiten Welt gab. Ich spreche vom Scheitern der Entwicklungspolitik in den achtziger Jahren.

Ich habe jetzt nur ein paar Stichworte genannt, die diesen Bruch charakterisieren sollen, der in der westlichen Entwicklung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre eingetreten ist und von dem wir nicht genügend Kenntnis genommen haben. Deswegen denke ich mir, haben wir uns täuschen lassen mit dieser Wende und mit dem Vereinigungsprozeß. Und daß wir beim Vereinigungsprozeß in gewisser Hinsicht über den Tisch gezogen worden sind, ist eben auch unsere eigene Schuld. Wir haben uns hier nicht kundig genug gemacht, wir haben nicht genügend gewußt, wir haben die Analyse der Situation nicht weit genug getrieben. - So viel!

## WAS HABEN WIR FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT ZU SAGEN?

PODIUMSDISKUSSION

### **Wolfgang Thierse:**

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, sitzen hier vorne wie vorhin auch vor allem solche Menschen, denen man nicht den Vorwurf machen kann, daß sie die Politik inzwischen zu ihrem Beruf gemacht hätten, sondern - das war auch ausdrücklich unser Ziel - Menschen, die in ganz unterschiedlichen Berufen arbeiten, aber aus Bürgerrechtsgruppen oder Oppositionsgruppen kommen.

Über folgende Fragen wollen wir diskutieren: Was ist lebendig von dem Erbe der Bürgerrechtler? Was folgt daraus? Was haben wir für Gegenwart und Zukunft auch an die Adresse derjenigen zu sagen, die jetzt in Parteifunktionen politisch aktiv sind?

Dies waren, um die vorherige Diskussion wenigstens in Stichworten zu resümieren, die verbindenden Intentionen, die tragenden Ziele - das war das Gemeinsame: Dialog, Mitbestimmung, Demokratisierung, Überwindung des absoluten Wahrheits- und Machtanspruchs der SED, Absage an das Prinzip der Abgrenzung, Einforderung der Menschen- und Bürgerrechte.

Meine erste Frage an die Diskussionssteilnehmer: Die Grundrechte, die elementaren Bürgerrechte, um die es damals ging, sind doch im Hinblick auf das Grundgesetz und auf die demokratische Praxis der Bundesrepublik Deutschland bei aller Kritik verwirklicht. Was bleibt eigentlich unerledigt von den wesentlichen Zielen der Bürgerbewegung, der Oppositionsgruppen in der ehemaligen DDR?

Herr Fischbeck, damals Demokratie Jetzt, heute Evangelische Akademie in Mülheim/Ruhr: Was bleibt zu tun, wenn doch eines der vordringlichen Ziele, die Durchsetzung der bürgerlichen Freiheiten, der Grundrechte, im wesentlichen erreicht ist?

### **Hans-Jürgen Fischbeck:**

Die bürgerlichen Grundrechte sind ja nur ein Teil der Menschenrechte. Die sozialen und kulturellen Menschenrechte, von denen wir noch 89/90 geglaubt haben, sie seien weitgehend verwirklicht in der westlichen Gesellschaft, sind es nicht. Wir müssen vielmehr feststellen, daß es eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die dieser Rechte verlustig gehen, die aus dem ökonomischen und damit auch aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden. Insofern ist die Frage nach den sozialen Menschenrechten jetzt in den Vordergrund zu rücken.